

Ybbstaler Wochenblatt

Organ der demokratischen Einigung

Nummer 18

Waidhofen a. d. Ybbs

Freitag, 3. Mai 1946

Zur Außenminister-Konferenz

Ganz Europa blickt in diesen Tagen nach Paris, wo sich kurz vor Beginn der Friedenskonferenz die Außenminister der großen alliierten Staaten getroffen haben, um ein Übereinkommen der gegenseitigen Interessen zu erzielen. Dies geschieht ein Jahr nach der Beendigung des Krieges, in einer Zeit, in der noch Ungewißheit über die Zukunft liegt, in der aber schon Ansätze zur Überwindung der schlimmsten Schwierigkeiten zu spüren sind. Der Faden der Fühlungnahme zwischen den Völkern reißt nimmer ab, aber noch tragen die Völker überaus schwer an dem Erbe des Krieges, wengleich sich die Welt allmählich vom Kriege entfernt.

Innenpolitisch versuchen die Völker Europas der Lage Herr zu werden, indem sie durch die Koalition großer politischer Parteien ihren Regierungen eine breitere Machtgrundlage geben. Dies ist besonders deutlich in Frankreich, Italien, Ungarn und der Tschechoslowakei zu sehen. Die Franzosen werden am 5. Mai über den Verfassungsentwurf abstimmen. Der Ausgang dieser Abstimmung ist noch ungewiß, sicher ist nur, daß die Sozialisten und Kommunisten für ein starkes Parlament, die christlichen Demokraten aber für eine starke Regierung stimmen werden. Mit den letzteren werden auch die Liberalen und wahrscheinlich einige kleinere Splitterparteien gegen den Verfassungsentwurf auftreten. Eine Ablehnung durch das französische Volk würde bedeuten, daß Frankreich für weitere sechs Monate keine weitsehenden Pläne für die Zukunft aufstellen oder gar verwirklichen könnte.

Ähnlich wie in Frankreich liegen die Verhältnisse in Italien, obwohl im Gegensatz zu Frankreich Italiens Zukunft vor allem von dem kommenden Friedensvertrag abhängt. Der Friedensvertrag mit Italien steht an der Spitze der Tagesordnung der Pariser Außenministerkonferenz, die Probleme, die sich dabei eröffnen, sind außerordentlich schwierig und heikel, denn die Fragen über Tripolitanien, dem Dodekanes, Triest und Südtirol stehen längst im Lichte der internationalen Politik. Sie müssen im Zusammenhang mit dem Friedensvertrag so gelöst werden, daß sie in Zukunft keine Streitfrage im Zusammenleben der Völker bilden können. Innenpolitisch aber haben die italienischen Gemeinderatswahlen ein ähnliches Bild wie in Frankreich gezeigt. Die Koalition der Kommunisten und Sozialisten haben gegenüber den christlichen Demokraten eine Mehrheit errungen, das Bild der Splitterparteien zeigt dieselbe Zersplittertheit wie in Frankreich. Charakteristisch für die Linkskoalition in Italien ist die Tatsache, daß sich die Sozialisten trotz dieser Koalition mit den Kommunisten völlige Aktionsfreiheit bewahrt haben.

Auch in der Tschechoslowakei hat sich die Koalition der großen Parteien kurz vor den Wahlen weiter gefestigt und es ist anzunehmen, daß dieser Linksblock siegreich aus den Wahlen hervorgehen wird.

In Polen wurden die Wahlen zwar verschoben, aber die Bevölkerung wird im Laufe des Juni über drei Fragen abzustimmen haben, aus welcher die politische Tendenz des zukünftigen Parlamentes zu ersehen sein wird.

Die Außenministerkonferenz als Wegbereiterin zur folgenden Friedenskonferenz tagt also in einer Atmosphäre des Ringens der europäischen Völker nach Überwindung der Folgen des Krieges, eines Ringens, das durch die katastrophale

Ein Jahr neues Österreich!

Österreicher und Österreicherinnen von Waidhofen a. d. Ybbs und Umgebung!

Mittwoch, den 8. Mai 1946, um 10 Uhr vormittags feiern wir auf dem Oberen Stadtplatz den historischen Tag der Wiedergeburt unseres demokratischen Staates.

Die Stadt Waidhofen a. d. Ybbs ladet dazu

die gesamte Bevölkerung von Waidhofen a. d. Ybbs und Umgebung herzlichst ein.

Bei Schlechtwetter findet die Veranstaltung im Waidhofner Kinosaal statt.

Die Stadtgemeinde

Errichtung der Handelskammer für Niederösterreich

WPI. Bei der jetzt durchgeführten Konstituierung der Kammer für Handel, Gewerbe, Industrie, Geld- und Kreditwesen für Niederösterreich konnte Kammerpräsident Ingenieur Raab die Bundesminister Fleischacker und Krausland, Landeshauptmann Reither und Minister a. D. Dr. h. c. Heini begrüßen. Nach Ausführungen des Ministers Dr. Fleischacker über die Bedeutung einer eigenen Handelskammer für Niederösterreich des Landeshauptmanns Reither und des Ministers a. D. Dr. h. c. Heini, der enge Zusammenarbeit mit der Wiener Handelskammer zusicherte, gab Kammeramtsdirektor Dr. Stadelmann einen Überblick über die Wirtschaftslage Niederösterreichs.

Die Lage der Industrie ist als nicht hoffnungslos zu bezeichnen, wengleich auch durch die Kriegereignisse und deren Nachwirkungen im Lande schwerste Schäden entstanden. Die Berg- und Hüttenwerke leiden unter großem Kohlenmangel, die Kohlenkapazität des niederösterreichischen Kohlenbergbaues beträgt nur etwa ein Fünftel der möglichen Förderung. Die Lage der Baustoffindustrie ist in Anbetracht der großen Bauschäden von ganz besonderem Interesse. Naturgemäß spielt bei der Ausweitung der Produktion der

Kohlenbedarf, der monatlich 15.000 Tonnen beträgt, die größte Rolle.

Die Kapazität ist folgende:
Zement: derzeit möglich 26.000 Tonnen, bei weiterem Ausbau 39.000 Tonnen.
Dachziegel: derzeit möglich 456.000 Stück, bei weiterem Ausbau 1.800.000 Stück.
Mauerziegel: derzeit möglich 7.075.000 Stück, bei weiterem Ausbau 15.166.000 Stück.
Kalk: derzeit möglich 5.110 Tonnen, bei weiterem Ausbau 10.292 Tonnen.
Glas: derzeit möglich 300.000 Quadratmeter, bei weiterem Ausbau 1.100.000 Quadratmeter.

Die Sägewerke und Holzverarbeitenden Betriebe stehen wegen Holz- und Werkzeugmangel zum größten Teil still.

Handel und Gewerbe erlitten vielfach schwerste Zerstörungen; Kernpunkte der einzuschlagenden Gewerbepolitik sind: Versorgung mit Rohstoffen und Betriebsstoffen, Ersatz der verlorenen Werkzeuge und Hilfsmaterialien, Hilfs- und Ersatzmaschinen, gewerbliche Wiederaufbaukredite und Versorgung mit Arbeitskräften.

Die Verkehrslage Niederösterreichs ist katastrophal. Der heutige Stand an Transportmitteln ist, an den Zahlen früherer Jahre gemessen, gleich Null. Dazu kommt

noch, daß Niederösterreich bisher von Zuteilungen ausgeschaltet wurde.

Neben einer Organisations- und Personal- wirtschaftspolitischen und Rechts- sowie einer sozialpolitischen Abteilung sind noch weitere schlagkräftige Abteilungen erforderlich:

1. Ein Wiederaufbaureferat. Dieses hat sich in erster Linie mit der Wiedereinschaltung Niederösterreichs in die Kohlenbelieferung zu befassen.
2. Ein Rohstoffreferat. Die Grundforderung nach Einschaltung

Der Reiseverkehr in Österreich

Durch Beschluß des Alliierten Rates vom 25. April 1946 wurden die Vorschriften genehmigt, unter denen österreichischen Staatsbürgern ab 1. Mai 1946 in ganz Österreich Bewegungsfreiheit gewährt wird.

Hiezu meldet AND: Alliierte Kreise weisen darauf hin, daß die kürzlich im Alliierten Rat beschlossene allgemeine Reisefreiheit in Österreich selbstverständlich nur Personen betrifft, die den derzeit rosafarbenen alliierten Reisepaß mit dem Vermerk „dauernd“ besitzen, sofern es sich um Reisen handelt,

die eine Überschreitung der Demarkationslinien notwendig machen. Hiezu ist zu bemerken, daß Reisepässe dieser Art bei den österreichischen Polizeibehörden erhältlich sind und auf Ansuchen jedem österreichischen Staatsbürger ausgestellt werden, der nicht in eine der Nazi-Kategorien fällt. Die Reisepässe werden für ganz Österreich Gültigkeit haben.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen teilt dazu noch mit, daß auch weiterhin keine zusätzlichen personenführenden Züge über die Demarkationslinien geleitet werden können. Im Verkehr über die Demarkationslinie aus der russischen Zone werden daher auch weiterhin Fahrausweise nur gegen Vorlage der Alliierten Reiseerlaubnisscheine, aber keiner Bescheinigung über die Dringlichkeit der Reise nach den bisherigen Reisebeschränkungen ausgeben.

Von der Pressestelle des Innenministeriums erfahren wir noch, daß die Polizeikommissariate die Alliierten Reisepässe nur gegen Vorweisung des Heimatscheines und des Meldezettels sowie gegen eine eidesstattliche Erklärung abgeben, daß der Antragsteller nicht unter eine der Nazikategorien fällt. Zum Überschreiten der Demarkationslinie ist ferner der Identitätsausweis unbedingt erforderlich. Die Notwendigkeit der Reise ist auf dem Anmeldeformular nicht zu begründen.

Wie die britische Militärregierung in Kärnten bekanntgibt, bleiben auch nach der mit 1. Mai 1946 eintretenden Erleichterung im Reiseverkehr in Österreich die Beschränkungen des Verkehrs mit der Sperrzone an der österreichisch-jugoslawischen und österreichisch-italienischen Grenze weiter aufrecht.

mit Sowjetrußland keine Sonderfriedensverträge abschließen, die Verwirrung würde bei einem Scheitern der Friedenskonferenz nur noch größer werden. Die Außenministerkonferenz hat daher die wichtige Aufgabe, den Weg so zu ebnet, daß die Friedenskonferenz ein voller Erfolg wird. Dann wird Europa und mit ihm auch Österreich rasch gesunden.

Österreichs Anspruch auf Südtirol abgelehnt

Wie ACA. aus Paris berichtet, hat am 30. April die Außenministerkonferenz Österreichs Anspruch auf Rückgabe Südtirols abgelehnt. Es wurde jedoch zugestimmt, daß, falls Österreich Anspruch auf eine geringere Grenzberichtigung stellen sollte, dieser in Betracht gezogen werden würde.

Es wurde auch bestimmt, daß Vertreter der italienischen und der jugoslawischen Regierung eingeladen werden sollten, an der Sitzung der Außenministerkonferenz am Freitag teilzunehmen, um die Ansichten ihrer Regierungen bezüglich des italienisch-jugoslawischen Problems darzulegen.

Einreisebeschränkung in die Sperrzone weiterhin aufrecht

Wie die britische Militärregierung in Kärnten bekanntgibt, bleiben auch nach der mit 1. Mai 1946 eintretenden Erleichterung im Reiseverkehr in Österreich die Beschränkungen des Verkehrs mit der Sperrzone an der österreichisch-jugoslawischen und österreichisch-italienischen Grenze weiter aufrecht.

